

Lektion gelernt? Vertuschungsversuche

„Für die Zukunft“, forderte die Bürgermeisterin Uta Heinrich am 20.06.01, „muß die Stadt alles tun, daß so etwas nicht mehr vorkommen kann.“ Die Einsicht kommt spät. Jahrelang konnte ein Lehrer der städtischen Musikschule mindestens vier Schülerinnen des renommierten Instituts mit perversen Sexspielen quälen und mit Psychoterror unter Druck setzen.

Die nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft Essen „äußerst systematische“ Serie sexuellen Mißbrauchs zwischen 1995 und Dezember 2000 hätten die Spitzen der städtischen Verwaltung verhindern können. Spätestens seit Juli 1993 wußte der Dezernent Hasselmann (CDU), daß der Ausbilder Jun Y. seine Schülerinnen sexuell belästigte.

Alles nur Gerüchte?
Was wußte Hasselmann wirklich?

Wochenlang bestritt der Christdemokrat, schon vor 1995 über den Hang seines Schulmeisters informiert gewesen zu sein: „Das waren alles nur Gerüchte. Die gab es immer. Für die Stadt gab es vor dem Jahr 2000 keinerlei Anhaltspunkte für etwas Konkretes.“ Glatt gelogen. Ziemlich konkret sind drei gleichlautende Einschreiben an die Musikschule, an die kommunale Verwaltung sowie das städtische Gymnasium im Loeckamp, an der der Lehrer ebenfalls unterrichtet hat. Darin hatte Paul Schweiger (der Name wurde von der Redaktion geändert) im Sommer 1993 „vier Vorfälle“ angezeigt und seine damals 17-jährige Tochter vom Musikschulunterricht abgemeldet.

Einzige Konsequenzen: Ein beschwichtigender Anruf aus der Stadtverwaltung und Erstattung des Schulgeldes von 432 DM, rückwirkend vom Tag der ersten Belästigung des Mädchens. Daß Herr Y. „nach dem 1993 dokumentierten Fall nicht aufhörte“, den Mädchen zuzusetzen, fand die Landgerichtskammer in ihrem Urteil „besonders verwerflich“. Statt dessen kombinierte der Ausbilder seine Übergriffe immer häufiger mit Einschüchterungen und Bedrohungen. Zwölf Fälle sexuellen Mißbrauchs und Vergewaltigung, seit dem Jahr 1995, verurteilte das Landgericht Essen im Juni mit einer vierjährigen Haftstrafe.

Dagegen legte der 54-jährige Lehrer Revision ein. Eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes ist frühestens Ende dieses Jahres zu erwarten. Bis dahin bleibt der geständige Täter auf freiem Fuß.

Denk anders!



Währenddessen bekam – wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu erfahren war – das Vertuschen Methode:

Der zwischenzeitlich von einem der verzweifelten Mädchen eingeschaltete Musikschulleiter Istvan N. habe die Schülerinnen unverhohlen davor gewarnt, den Mund zu weit aufzureißen. Auf seine Frage, ob es mit Herrn Y. geschlafen habe, antwortete das Mädchen mit ja und erzählte, daß das schon seit vier Jahren so gehe. Das Thema sei für ihn nicht neu, habe der Leiter abgegebügelt, da der Klarinettenlehrer Y. deswegen vor langer Zeit schon eine Abmahnung bekommen hätte. Und N.'s Ehefrau, ebenfalls Lehrerin an der Musikschule, soll vor anderen Schülerinnen gegifftet haben, das Mädchen hätte „doch alles selber gewollt“. Es sei nur zu verständlich, daß man in den Lehrer verlicht sei und ihn verehren würde. Anderer Schauplatz, gleiches Spiel. Als die Bürgerliste WIR für Marl in der öffentlichen Ratssitzung am 31.05.01 mit einer Dringlichkeitsanfrage klären will, inwieweit die Verwaltung ihre Fürsorge- und Aufsichtspflicht über Jahre hinweg verletzt hat, blockt Bürgermeisterin Heinrich ab. Ihr Argument: „Die Fürsorgepflicht gegenüber den Schülerinnen gebietet es, die Angelegenheit in der Öffentlichkeit sehr zurückhaltend darzustellen und Einzelheiten nicht bekannt zu machen.“

Unter den Teppich gekehrt

Auf die „umfangliche Beantwortung unserer Fragen“, so der WIR-Vorsitzende Fritz Dechert, „mußten wir bis August warten. Hier wird beispiellos verschleiert“. Die Sorge hat auch der Rechtsanwalt, der die Mädchen im Prozeß gegen Y. als Nebenkläger vertrat: „Statt den Fall offensiv anzugehen und sich voll auf die Seite der Mädchen zu stellen, haben die Eltern den Eindruck, daß die Stadt am liebsten alles unter den Teppich kehren würde“.

Fritz Dechert: „Denen ist der Ruf der Musikschule wichtiger, als eine ehrliche Aufklärung ihrer Versäumnisse“.

Für den 13.06.01 hatte die Bürgerliste eine Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses durchgesetzt. Thema: Die rückhaltlose Aufklärung des Mißbrauchs in der Musikschule. CDU und Bürgermeisterin machten daraus eine nichtöffentliche Sitzung. Informationen über den Termin an die Presse unterblieben.

Hat Hasselmann eine reine Weste?

Die Verantwortlichen hatten offensichtlich Angst, daß zuviel von der dreckigen Wäsche in der Öffentlichkeit gewaschen würde und einige Westen nicht mehr weiß würden. Keine Fraktion außer WIR stellte in der Sitzung Fragen zu eventuellen Versäumnissen der Verwaltung. Die CDU-Rechtsanwälte Philippi und Zöllner beschränkten sich darauf, Angriffe auf ihre in die Angelegenheit verstrickten Dezernenten Hasselmann und Gensler abzuwehren. Daß den Christdemokraten an Aufklärung kaum gelegen war, bewies ihr abschließendes Manöver. Wegen der unüberbrückbaren Differenzen zwischen der CDU-Bürgermeisterin auf der einen und den CDU-Dezernenten Joachim Hasselmann und Frank Gensler auf der anderen Seite übergab CDU-Boß Schulte-Kemper die zuständige Bürgermeisterin. Der große Vorsitzende schaltete seinen langjährigen „Handlanger“, den jetzigen Landrat Schnipper (CDU) ein, wählte sich und seine Schutzbefohlenen dort besser aufgehoben.

Der wollte schon, durfte dann aber doch nicht: die CDU-Herren hatten die Rechnung ohne die Gemeindeordnung gemacht. Jetzt muß die ach so ungeliebte Frau Heinrich die Disziplinarverfahren durchziehen. Auf die Ergebnisse sind wir gespannt.

Skandal! 20 Jahre einfach weggeschaut

In den Augen der Politiker war Jun Y. der ideale Lehrer. Sogar in der Freizeit hielt er Kontakt zu den Kollegen, Eltern und Schülern. Über die dunkle Seite des Klarinettenlehrers gab es Gerüchte, doch niemand ging ihnen nach.

Jetzt, im Prozeß, blickten die Richter in einen Abgrund menschlicher Perversität, aber auch gesellschaftlicher Gleichgültigkeit. In der Gerichtsverhandlung hat Herr Y. seine sexuellen Fehlgriffe an vier (!) Mädchen gestanden. Die Dunkelziffer soll jedoch wesentlich höher liegen.

Unerklärlich bleibt, warum niemand gegen den Sextäter vorging. Schon 1978/79 sollen sich die Eltern eines Mädchens an die Musikschule gewandt haben, hatten von den Übergriffen berichtet. Im Jahr 1993 gab es

dann schriftliche Hinweise eines Vaters per Einschreiben. Doch die „Untersuchung“ endete für den Täter nur mit einer Ermahnung, bei den Atemübungen keine Hand mehr an die Mädchen zu legen.

Kein Handlungsbedarf Herr Hasselmann?

Juristische Schritte leitete der damalige Kultur- und Rechtsdezernent nicht ein – die Beweislage sei zu dünn gewesen. Zudem, so verteidigte sich Hasselmann (CDU), hätten die Eltern ja keine Anzeige bei der Staatsan-

waltschaft gemacht, da hätte er nichts machen können. Auf mögliche Kontrollen verzichtete Hasselmann in der Folgezeit. Diese Passivität soll nach einem Entwurf der Bundesregierung demnächst unter Strafe gestellt werden.

Bitterer Beigeschmack: Seit 1993 hat Y. mit seinen Schülerinnen auf Landesebene 13 erste Preise errungen und somit zum guten Ruf der Musikschule beigetragen. Dieser Ruf war den Verantwortlichen offensichtlich wichtiger als Schutz und Fürsorge der Kinder. Der Ruf der Musikschule ist heute ruiniert, und der mitverantwortliche Hasselmann sitzt immer noch in seinem Sessel.